

Beitrag im Rahmen der Ringvorlesung im Studiengang Berufspädagogik für Pflege- und Gesundheitsberufe (M.A.) mit dem Thema:

## **Versorgungsqualität von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall**

### **Darstellung der Versorgungsqualität von Menschen mit Behinderungen während eines Katastrophenfalls**

#### **Hilfe für beeinträchtigte Menschen im Katastrophenfall**

Von: *Tanja Held, Selina Hub, Laura Schlauch*

**Schlüsselwörter:** Menschen mit Behinderung, Naturkatastrophe, Ahrtal, Katastrophenschutz

Der substanzielle Beitrag des vorliegenden Artikels gliedert sich wie folgt:

Beitrag zur Konzeption oder zum Design der Arbeit oder Beitrag bei der Erfassung, Analyse oder der Interpretation der Daten; Manuskripterstellung oder kritische Überarbeitung von wichtigen Inhalten des Manuskripts; Genehmigung der letzten Version des Manuskripts zur Publikation; Bereitschaft, für alle Aspekte der Arbeit Verantwortung zu übernehmen, damit Fragen in Bezug auf die Genauigkeit oder Integrität irgendeines Teils der Arbeit untersucht und gelöst werden können:

Held, Tanja; Hub, Selina; Schlauch, Laura

Ein besonderer Dank gilt Frau Prof. Dr. Schallenkammer, die im Rahmen des Moduls *Entwicklungen und Innovationen in Pflege- und Gesundheitsversorgung* des Masterstudiengangs Berufspädagogik für Pflege- und Gesundheitsberufe die Ringvorlesung organisiert hat, aus der dieser Beitrag hervorgegangen ist. Weitere Dankbarkeit gebührt Prof. Dr. Caroline Schmitt, Anas Alakkad, Faris Allahham und Majd Al Hamoud, die im Rahmen der Ringvorlesung *„Katastrophenhilfe in sozialen und gesundheitsbezogenen Arbeitsfeldern: Diversitätssensible Unterstützung im Ahrtal und deren Weiterentwicklung“* Vorträge gehalten und somit den vorliegenden Beitrag inspiriert haben.

## Zusammenfassung

Im Jahr 2021 lebten in Deutschland 7,8 Millionen Menschen mit einer Schwerbehinderung, darunter etwa 4,5 Millionen über 65 Jahre. (Statistisches Bundesamt, 2022). Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet Vertragsstaaten dazu, in Gefahren- und Katastrophensituationen effektive Schutzmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen zu ergreifen. (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, 2018). Trotz dieser klaren Verpflichtung zeigt sich, dass der Schutz dieser vulnerablen Personengruppe oft nicht ausreichend ist.

Allerdings werden Menschen mit Behinderungen in politischen Gremien häufig nicht ausreichend repräsentiert. Dies führt dazu, dass ihre besonderen Bedürfnisse bei der Planung und Umsetzung von Katastrophenschutzmaßnahmen nicht genügend berücksichtigt werden. (Berlin Institut für Partizipation, 2023). Ein Beispiel dafür liefert die die Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021, die verheerende Auswirkung auf die Region hatte. Am 14. und 15. Juli 2021 führten starke Regenfälle zu katastrophalen Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, bei denen 180 Menschen starben (Bundeszentrale für politische Bildung, 2023). Besonders betroffen war die Lebenshilfe in Sinzig, eine Wohnstätte für Menschen mit Behinderungen, in der zwölf Bewohner\*innen ums Leben kamen (Lebenshilfe Kreisvereinigung Ahrweiler e.V., 2021). Bereits im Jahr 2015 wurde ein Brandschutzgutachten erstellt, das erhebliche Mängel im Evakuierungskonzept aufzeigte - doch konkrete Verbesserungen blieben aus (Brunner et al., 2023).

Die vorliegende Analyse untersucht die spezifischen Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen im Katastrophenschutz. Daraus leitet sich die zentrale Fragestellung ab: „Wie stellt sich der Katastrophenschutz von beeinträchtigten Menschen am Beispiel Ahrtal in Deutschland dar?“ Ziel ist es, Schwachstellen aufzuzeigen und Verbesserungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Die Grundlage bildet eine systematische Literaturrecherche, die im Frühjahr 2024 durchgeführt wurde. Genutzte Datenbanken waren unter anderem der Katalog Plus der Frankfurt University of Applied Sciences und Google Scholar.

Diese Katastrophe verdeutlicht die dringende Notwendigkeit, bestehende Schutzkonzepte zu überarbeiten und Menschen mit Behinderungen aktiv in Entscheidungsprozesse einzubinden. Aktuelle Recherchen legen nahe, dass Menschen mit Behinderungen in Deutschland weiterhin unzureichend auf Katastrophen vorbereitet sind. Dies steht im Widerspruch zu internationalen Verpflichtungen, etwa dem Sendai-Rahmenwerk, das Fortschritte in der Katastrophenvorsorge für gefährdete Gruppen fordert (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2022).

## Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	1
2.	Problemstellung .....	2
3.	Theoretische Betrachtung .....	3
4.	Fragestellung und Ziel .....	3
5.	Methodisches Vorgehen.....	4
6.	Ergebnisse .....	4
7.	Diskussion.....	6
8.	Schlussfolgerung.....	7
9.	Projektvorstellung .....	8
	Anhang .....	12

## 1. Einleitung

Nach dem Sozialgesetzbuch (SGB IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, wird unter § 2 Abs. 1 Satz 1 & 2 definiert, dass Menschen mit Behinderungen Menschen sind, die körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die sie in Wechselwirkung mit einstellungs- und umweltbedingten Barrieren an der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate hindern können. Eine Beeinträchtigung nach Satz 1 liegt vor, wenn der Körper- und Gesundheitszustand von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweicht.“ (Bundesministerium der Justiz, 2016).

Die UN-Behindertenrechtskonvention unterstreicht im Artikel 11 die Notwendigkeit, Menschen mit Behinderungen in humanitären Not- und Katastrophenlagen besonders zu schützen. Sie verpflichtet Vertragsstaaten dazu, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Schutz dieser vulnerablen Gruppe zu gewährleisten. In Einbezug mit deren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht und der internationalen Menschenrechtsnormen, sollen alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um in Gefahrensituationen sowie bewaffneten Konflikten, humanitären Notlagen und Naturkatastrophen, den Schutz von Menschen mit Behinderungen sicher zu stellen (Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, 2018). Anhand des beschriebenen §2 Abs. 1 Satz 1 & 2 und Artikel 11 der UN – Behindertenrechtskonvention ist zu erkennen, dass es sich bei Menschen mit Behinderungen um eine vulnerable Personengruppe handelt, welche in prekären Situationen einen besonderen Schutz bedarf. Allein in Deutschland lebten im Jahr 2021 etwa 7,8 Millionen Menschen mit einer Schwerbehinderung, darunter ca. 4,5 Millionen Menschen, welche über 65 Jahre alt sind (Statistisches Bundesamt, 2022). Diese Zahlen verdeutlichen, wie viele Menschen potenziell von unzureichenden Schutzmaßnahmen betroffen sein könnten, insbesondere in prekären Situationen. Ein prägnantes Beispiel hierfür ist die Flutkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021, bei der die spezifischen Herausforderungen für Menschen mit Behinderungen besonders deutlich wurden.

Naturkatastrophen gelten als unberechenbare, heftige und oft zerstörerische Ereignisse, die zu zahlreichen Verletzten, Obdachlosen und Todesopfern führen können. Des Weiteren können hierdurch große Schäden in der Natur, an Gebäuden, dem Straßen- und Schienenverkehr sowie Bauwerken entstehen. Naturkatastrophen können unterschiedlich ausgeprägt und charakterisiert werden. Hierzu gehören unter anderem Überschwemmungen, Erdbeben, Vulkanausbrüche, Seebeben oder Dürrebrände. Die Ursache liegt in der Natur, doch aber auch das Verhalten der Menschen trägt dazu bei, dass Treibhausgase wie Kohlendioxid das Erdklima erwärmen und dies

zusätzlich ein möglicher Grund für die Zunahme von Naturkatastrophen sein kann (Schneider & Toyka-Seid, 2024).

## 2. Problemstellung

Im Jahr 2020, wurde in Deutschland eine Umfrage durchgeführt, bei der die Bevölkerung zur persönlichen Einschätzung des Risikos von Überschwemmung befragt wurde. Die Ergebnisse offenbarten eine klare Tendenz: 73% der Befragten stufen das Risiko als „gering“ oder „sehr gering“ ein, während lediglich 21% von einem „großen“ oder „sehr großen“ Risiko ausgingen (Gesamtverband der Versicherer, 2020). Diese Zahlen zeigen, dass viele Menschen die Gefahr durch Überschwemmungen und deren potenziell verheerenden Auswirkungen unterschätzten.

Am 14.07.2021 und 15.07.2021 zeigte sich in Teilen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen jedoch die drastische Realität: Starkregen mit einer Intensität von 100 bis 150 Litern pro Quadratmeter führte zu massiven Überschwemmungen, Sturzfluten und enormen Zerstörungen. Insgesamt wurden rund 9.000 Gebäude, 100 Brücken stark beschädigt oder gar zerstört und 17.000 Menschen verloren ihr Hab und Gut. Eine Katastrophe, welche zudem dafür sorgte, dass circa 165.000 Menschen in den darauffolgenden Tagen weder Strom noch Trinkwasser zur Verfügung hatten. Die Überschwemmung forderte über 180 Menschenleben, davon 135 allein im Ahrtal (Bundeszentrale für politische Bildung, 2023). Somit zählt die Sturzflut an der Ahr zur schadenreichsten Naturkatastrophe für die Versicherungswirtschaft in Deutschland.

Nach Angaben des Gesamtverbandes der Versicherer (GDV), verursachte die Unwetterfront „Bernd“ Schäden in Höhe von circa 9,5 Milliarden Euro und zählt somit zu den teuersten Naturkatastrophen in Deutschland zwischen 2002 und 2022 (Gesamtverband der Versicherer, 2023). Besonders tragisch ist jedoch die Tatsache, dass es in der Stadt Sinzig, die als Tor zum Ahrtal gilt, zu einem katastrophalen Verlust von Menschenleben kam. Während der Nacht vom 14. Juli auf den 15. Juli 2021 wurde eine Wohneinrichtung der Lebenshilfe Kreisvereinigung Ahrweiler von der Flut überrollt, in welcher Menschen mit Behinderungen lebten. Im Erdgeschoss der Einrichtung befanden sich zwölf Bewohner\*innen, welche aufgrund mangelnder Schutz- und Evakuierungspläne ums Leben kamen (Lebenshilfe Kreisvereinigung Ahrweiler e.V., 2021). Zu diesem Zeitpunkt war außerdem nur ein/e Mitarbeiter\* in anwesend, welche für Bewohner\*innen zweier Wohnhäuser zuständig war. Des Weiteren zeigte sich, dass es keine ausreichenden Pläne gab, wie Menschen mit Behinderungen vor Katastrophen geschützt werden könnten (andererseits, 2023).

Die Flutkatastrophe im Ahrtal verdeutlicht nicht nur die verheerenden Folgen von Naturereignissen, sondern auch die unzureichenden Maßnahmen im Schutz vulnerabler Gruppen

wie Menschen mit Behinderungen. Es wurden erhebliche Lücken im Katastrophenschutzsystem sichtbar, die eine dringende Verbesserung erfordern.

### 3. Theoretische Betrachtung

Demokratie basiert auf der Teilhabe aller Menschen. Um sicherzustellen, dass die Bedürfnisse und Anliegen von Menschen mit Behinderungen auf politischer Ebene Gehör finden und umgesetzt werden, ist es unerlässlich, dass diese Gruppe aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen wird. Ihre Unterrepräsentation in politischen Gremien und Kommissionen führt jedoch oft dazu, dass spezifische Anliegen unzureichend berücksichtigt werden.

Neben der mangelnden Repräsentation bestehen nach wie vor strukturelle und kommunikative Barrieren, die die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen erheblich einschränken. Fehlende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sowie in Kommunikationswegen erschwert den Zugang zu Informationen und somit die aktive Mitgestaltung. Diese Defizite tragen dazu bei, dass Menschen mit Behinderungen häufig als weniger kompetent wahrgenommen werden – ein Vorurteil, das durch institutionelle und gesellschaftliche Diskriminierung verstärkt wird. Laut dem *Berlin Institut für Partizipation* (2023) erschweren diese Barrieren die gleichberechtigte politische Mitwirkung erheblich. Statistiken der *Süddeutschen Zeitung* liefern weitere Einblicke in die ungleiche Repräsentation: Während 9,3 % der deutschen Bevölkerung eine Behinderung haben, liegt der Anteil von Abgeordneten mit Behinderungen im 19. Bundestag bei lediglich 3,3 % (Brunner et al., o.D.). Um die Bedeutung und Dringlichkeit des Themas zu unterstreichen, wird im Folgenden eine zentrale These formuliert: **Menschen mit Behinderungen werden unzureichend vor Katastrophen geschützt.** Diese These soll als Grundlage dienen, um die Spannungsfelder zwischen politischer Inklusion und realen Herausforderungen näher zu beleuchten und konkrete Maßnahmen abzuleiten.

### 4. Fragestellung und Ziel

Um die Thematik der politischen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen aus einer spezifischen Perspektive zu beleuchten, richtet dieser Artikel den Fokus auf deren Schutz und Unterstützung bei Naturkatastrophen in Deutschland. Dabei steht folgende Fragestellung im Mittelpunkt: „**Wie stellt sich der Katastrophenschutz für beeinträchtigte Menschen am Beispiel Ahrtal in Deutschland dar?**“

Das Ziel dieser Ausarbeitung ist es, Ansatzmöglichkeiten aufzuzeigen, wie der Katastrophenschutz für beeinträchtigte Menschen verbessert werden kann.

## 5. Methodisches Vorgehen

Für die Erstellung dieses Artikels diente eine systematische Literaturrecherche als Grundlage. Mithilfe von Fachliteratur wurde die Thematik fundiert aufgearbeitet. Die Recherche erstreckte sich über einen Zeitraum von zwei Wochen im Frühjahr 2024 und umfasste die Nutzung verschiedener Quellen wie E-Books, E-Journals und Studien. Um eine hohe Zitierfähigkeit und wissenschaftliche Qualität sicherzustellen, wurden die Online-Bibliothek der Frankfurt University of Applied Sciences (Katalog Plus) sowie die Datenbank Google Scholar genutzt. Dabei kamen Schlagworte wie **„Naturkatastrophe“**, **„Menschen mit Behinderungen“**, **„Katastrophenschutz“**, **„Ahrtal“** und **„Katastrophenmanagement“** zum Einsatz.

Des Weiteren wurde die Datenbank Google Scholar zur erweiterten Literaturrecherche verwendet. Hierbei wurde darauf geachtet, dass ein Volltextzugriff möglich war, auch fremdsprachige Literatur wurde herangezogen. Um den gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskurs abzubilden, wurden nur Publikationen berücksichtigt, die in den letzten fünf Jahren erschienen sind. Darüber hinaus wurde das Internet durch die Suchmaschine Google Chrome gezielt genutzt, um spezifische Webseiten, darunter auch Fachbeiträge und Handlungsempfehlungen, einzubeziehen. Zusätzlich wurden Literaturvorschläge der Expert\*innen der Ringvorlesung am 23.05.2024, zum Thema Katastrophenschutz bei vulnerablen Personengruppen und Inklusion von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt und verwendet. In Anhang werden die oben benannten Datenbanken und Schlagworte inklusive der Trefferzahl nochmals detaillierter dargestellt.

## 6. Ergebnisse

In den folgenden Abschnitten werden Aspekte aufgezeigt, welche die oben benannte These: Menschen mit Behinderungen werden unzureichend vor Katastrophen geschützt, in den Fokus gesetzt.

Bereits im Jahr 2015 wurde das Evakuierungskonzept der Lebenshilfe Ahrweiler im Rahmen einer Brandschutzprüfung als unzureichend bewertet. Diese Prüfung führte zu einer Eingabe beim Landesamt für Soziales mit der Bitte um zusätzliche Ressourcen, insbesondere die Erhöhung des nächtlichen Personals. Anstatt diesem Antrag stattzugeben, entschied man sich jedoch, einen Anbau zu fördern, um die Gruppengrößen zu reduzieren. Dieser Anbau war jedoch bis 2021 noch nicht abgeschlossen (Brunner et al., 2023).

Die Situation der Lebenshilfe Kreisvereinigung Ahrweiler e.V. zeigt deutlich, dass ein angemessener Katastrophenschutz in Einrichtungen wie dem Lebenshilfe-Haus fehlte. Wie dokumentiert, war im Katastrophenfall lediglich eine Mitarbeiterin für die Evakuierung aller Bewohner\*innen zuständig –

eine Aufgabe, die in einer derartigen Ausnahmesituation kaum bewältigt werden konnte (andererseits, 2023). Dies sorgte dafür, dass zwölf Menschen starben (Lebenshilfe Kreisvereinigung Ahrweiler e.V., 2021). Friedrich Gabel, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektleiter am Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW), fordert eine intensivere Auseinandersetzung mit der Frage, wie Menschen mit Behinderungen im Katastrophenschutz besser geschützt werden können. Hierbei bezieht er sich außerdem auf die Aussage der Vereinten Nationen. Diese gehen davon aus, dass Menschen mit Behinderungen zwei- bis viermal häufiger bei Katastrophen sterben als Menschen ohne Behinderungen (Brunner et al., 2023). Die rechtlichen Grundlagen hierfür liefert die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 in Deutschland verbindlich ist (Bundesministerium für Soziales, 2004). Ziel dieser Konvention ist es, den Schutz und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen auch im Katastrophenfall zu gewährleisten.

Der Tod der zwölf Menschen in der Lebenshilfe in Sinzig während der Flutkatastrophe in der Nacht vom 14.07.2021 auf dem 15.07.2021 nahmen Friedrich Gabel und Maria Schobert zum Anlass die Studie „KIM-Bestandsaufnahme zum Katastrophenmanagement und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen“, in Bezug auf die Behindertenrechtskonvention, durchzuführen. Hierbei untersuchten sie, in welchem Ausmaß an Unterstützungsbedarfe von Menschen mit Behinderungen, bezüglich dem Umgang und der Bewältigung von Katastrophen, gedacht wurde.

Von Oktober 2023 bis Februar 2024 wurde die Studie vom Internationalen Zentrum für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) der Universität Tübingen für die Aktion Deutschland Hilft e. V. durchgeführt. Die Ergebnisse sind alarmierend: Die Vereinten Nationen hatten bereits 2015 und erneut 2023 darauf hingewiesen, dass Deutschland in Bezug auf Artikel 11 der UN-Behindertenrechtskonvention gravierende Defizite aufweist. Dieser Artikel verlangt, dass Menschen mit Behinderungen in nationale Katastrophenschutzstrategien integriert werden. Friedrich Gabel und Maria Schobert bestätigen diesen Mangel in ihrer Studie, die unzureichende Maßnahmen und fehlende barrierefreie Strukturen aufzeigt. Besonders kritisch ist der ungenügende Zugang zu Informationen in Krisensituationen, was die Gefahren und Risiken für Menschen mit Behinderungen signifikant erhöht (Gabel & Schobert, 2024).

Die Ergebnisse der Studie machen deutlich, dass auf allen Ebenen Handlungsbedarf besteht. Es fehlen nicht nur konkrete Strategien zur Integration von Menschen mit Behinderungen in den Katastrophenschutz, sondern auch barrierefreie Informations- und Evakuierungsmaßnahmen. Hierzu zählen unter anderem die Bereitstellung von leicht zugänglichen Informationen und spezielle Schulungen für Einsatzkräfte, um auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen



besser eingehen zu können. Diese sollten in jedem Bundesland leicht auffindbar sein. Zusätzlich sollte der Abbau von Barrieren in der Frühwarnung, dem Notruf, der Evakuierung, Notunterbringen und Verarbeitung von Krisen und Katastrophen gefördert werden.

Gabel und Schobert führen weiterhin auf, dass beeinträchtigte Menschen befähigt werden müssen, als Ersthelfer\*innen in den Einrichtungen, in welchen sie leben, handeln zu können. Menschen mit Behinderungen werden im Katastrophenfall oft unzureichend über öffentlich-rechtliche Kanäle informiert. Barrierefreie Warnsysteme, wie etwa Dolmetscherdienste in Gebärdensprache, könnten helfen, diese Lücke zu schließen (Gabel & Schobert, 2024).

Angesichts der zunehmenden Häufigkeit von Naturkatastrophen wurde das Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015–2030 ins Leben gerufen. Ziel ist es, Katastrophenrisiken zu reduzieren, neue Gefahren zu vermeiden und die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften und Institutionen gegenüber Katastrophen zu stärken. Das Sendai-Rahmenwerk schließt ausdrücklich sowohl Menschen mit als auch ohne Behinderungen ein. Dabei wurden sieben Ziele festgelegt, die bis 2030 erreicht werden sollen. Zum Beispiel soll die Zahl der Todesopfer durch Katastrophen erheblich gesenkt werden und auch den Zugang zu Frühwarnsystemen zu verbessern ist ein Ziel, welches bis 2030 umgesetzt sein soll. Das Sendai-Rahmenwerk stellt hiermit den nächsten Schritt zur Verbesserung des Katastrophenschutzes dar (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2022).

Das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen empfiehlt, dass die Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenmanagement regelmäßig überprüft wird. Schwachstellen in der aktuellen Katastrophenvorsorge sollten adressiert und durch Disability Mainstreaming behoben werden. Dabei geht es darum, Menschen mit Behinderungen aktiv in Risiko- und Krisenmanagement einzubinden, um ihren Schutz nachhaltig zu verbessern. (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2022).

## **7. Diskussion**

Gemäß §2 Abs. 1 Satz 1 und 2 sowie Artikel 11 der UN-Behindertenrechtskonvention gelten Menschen mit Behinderungen als vulnerable Personengruppe, die in Krisensituationen besonderen Schutz benötigt.

Die bisherigen Erkenntnisse verdeutlichen jedoch gravierende Defizite im Katastrophenschutz für Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Ein tragisches Beispiel liefert die Flutkatastrophe im Ahrtal im Jahr 2021: Die Lebenshilfe-Einrichtung verfügte weder über einen ausreichenden Katastrophenschutz noch über ausreichend Personal. In der Flutnacht war lediglich eine

Betreuungsperson für alle Bewohner\*innen zuständig. Der geplante Ausbau der Einrichtung zur Verbesserung der Bedingungen war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Diese Versäumnisse führten zum Tod von zwölf Menschen mit Behinderungen.

Erst nach der Katastrophe wurde der Einrichtung zusätzliches Personal bewilligt. Dennoch mussten die verbliebenen Bewohner\*innen in neue Standorte umgesiedelt werden. An einem dieser neuen Standorte leben heute 14 Menschen mit Behinderungen, betreut von nun zwei Personen in der Nacht (Brunner et al., 2023).

Somit ist zu erkennen, dass sich erst auf Grund der Flutkatastrophe der Schutz der Menschen mit Behinderungen in dieser Einrichtung verbessert hat. Dennoch bleibt die Frage offen, ob diese Veränderungen ausreichen, um in einer erneuten Katastrophe effektiv Leben zu retten.

Insbesondere stellt sich die Frage, warum es überhaupt zu einem Szenario kommen konnte, in dem Menschen mit Behinderungen in einer Flutkatastrophe ihr Leben verloren. Obwohl die Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009 in Deutschland ratifiziert wurde, sind trotzdem noch Defizite in den Umsetzungen erkennbar. Dies wird unter anderem durch die Flutkatastrophe in Sinzig sowie in den Resultaten der Studie „KIM - Bestandsaufnahme zum Katastrophenmanagement und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen“ widergespiegelt. Trotz bestehender Herausforderungen gibt es auch Fortschritte. Das Sendai-Rahmenwerk hebt sich hier hervor, indem es das Ziel verfolgt, Katastrophenrisiken zu reduzieren, die Entstehung neuer Gefahren zu vermeiden und die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften und Institutionen gegenüber Katastrophen zu stärken. Dabei berücksichtigt es explizit auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2022). Diese Ansätze zeigen, dass ein inklusiver Katastrophenschutz möglich ist – jedoch bleibt es eine zentrale Aufgabe, bestehende Lücken zu schließen und die Schutzmaßnahmen weiter auszubauen.

## **8. Schlussfolgerung**

Die bisherigen Ausführungen verdeutlichen, dass im Katastrophenschutz für Menschen mit Beeinträchtigungen in Deutschland weiterhin erheblicher Handlungsbedarf besteht. Menschen mit Behinderungen tragen ein höheres Risiko, bei Katastrophen zu sterben, als Menschen ohne Behinderungen. Dies liegt jedoch nicht allein an ihrer Beeinträchtigung, sondern vielmehr daran, dass Schutzmaßnahmen oft nicht ebenso effektiv funktionieren wie für die allgemeine Bevölkerung. Für gehörlose Menschen stellt beispielsweise die Kommunikation über eine telefonische Notfallhotline eine große Hürde dar. Auch die Evakuierung bewegungseingeschränkter Menschen, etwa im Rollstuhl, wird zu einer Herausforderung, wenn die Feuerwehr im Umgang mit solchen Situationen nicht geschult ist (Brunner et al., 2023).

Das Sendai Rahmenwerk stellt einen wichtigen ersten Schritt zum Schutz von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall dar. Es zeigt auf, dass der Schutz vulnerabler Personengruppen auf politischer Ebene zunehmend Berücksichtigung findet. Anhand der vorangegangenen Recherchen zur Thematik Katastrophenschutz für Menschen mit Behinderungen, wird deutlich, dass weiterhin Forschungsbedarf in Bezug auf den barrierefreien Schutz im Katastrophenfall in Deutschland besteht. Außerdem besteht ein Interesse daran, wie sich der Katastrophenschutz nach dem Ablauf des Sendai Rahmenwerks im Jahr 2030 gestaltet.

Die These, dass Menschen mit Behinderungen unzureichend vor Katastrophen geschützt sind, wurde durch die Ereignisse im Ahrtal sowie die Ergebnisse der KIM-Studie bestätigt. Es bedarf weiterer Forschung und vor allem konkreter Maßnahmen, um diesen Missstand zu beheben und einen inklusiveren Katastrophenschutz zu etablieren.

## 9. Projektvorstellung

### Vorstellung des Projekts der Ringvorlesung am 25.05.2024 an der Frankfurt University of Applied Sciences: Syrische Freiwillige in Deutschland

Unsere Initiative begann im Jahr 2019 mit der Gründung von Pontem Pro, einer digitalen Community auf Facebook und YouTube, die darauf abzielt, Migranten und Flüchtlingen die Qualifikation als Rettungssanitäter in Deutschland näherzubringen. Der Name "Pontem" stammt aus dem Lateinischen und bedeutet "Brücke", was unsere Mission widerspiegelt, als Brücke für bessere Integration und Verständnis zu dienen.

Als die Flutkatastrophe 2021 in Ahrweiler eintrat, erweiterten wir unseren Fokus und gründeten die Facebook-Gruppe "Syrische Freiwillige in Deutschland", die von Pontem Pro verwaltet wird. Diese Plattform wurde geschaffen, um arabischsprachigen Flüchtlingen zu erklären, wie sie helfen können. Sie beseitigte Sprachbarrieren und ermöglichte es vielen, sich aktiv an den Hilfsmaßnahmen zu beteiligen. Diese Gruppe wuchs schnell, und es entstand ein Bedarf an konkreter Information, wie Hilfe vor Ort geleistet werden kann. Wir organisierten daraufhin ein System, das als Inkubator für Migranten diente, die in die Region reisen wollten, um Hilfe zu leisten.

Durch diese Initiative konnten wir mehr als 200 Freiwillige mobilisieren, die in über 250 beschädigten Standorten mehr als 10.000 Stunden ehrenamtliche Arbeit leisteten. Diese Aktivitäten haben eine

starke Gemeinschaft syrischer Freiwilliger geschaffen, von denen 90% Flüchtlinge waren, die 2015 nach Deutschland kamen.

Weitere Entwicklungen:

Nach der Flutkatastrophe haben wir unsere Hilfe auf andere Krisengebiete ausgeweitet, darunter die polnisch-belarussische Grenze während der Flüchtlingskrise dort und später die Unterstützung der ukrainischen Krise durch Transport von Spenden und Menschen zurück nach Deutschland.

Zuletzt halfen wir auch nach den Erdbeben in Syrien und der Türkei.

Unser Kernprojekt, Pontem Pro, bietet über unsere E-Learning-Plattform auf Discord eine digitale Brücke für Migranten, um durch Online-Vorbereitungs- und Coaching-Maßnahmen Sprach- und Systemwissen zu vermitteln. Pontem Pro wird nun durch das EXIST-Gründerstipendium finanziert, was uns ermöglicht, ein profitables Unternehmen aufzubauen, das gleichzeitig unsere ehrenamtlichen Aktivitäten beim Simongo finanziert.

Ich habe ebenfalls zu einem wissenschaftlichen Artikel beigetragen, der sich mit der "Syrischen Freiwilligen in Deutschland" befasst. Dieser könnte Ihnen tiefere Einblicke in das Thema bieten und eine solide wissenschaftliche Basis für Ihr Projekt darstellen.

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2352673424000313> [2]

Kontaktinformation und Online-Präsenz:

Für weitere Details und direkten Austausch stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Besuchen Sie unsere Website unter [PontemPro.com](http://PontemPro.com) und [Simongo.org](http://Simongo.org) für weiterführende Informationen.

Mit freundlichen Grüßen

Anas Alakkad

#### **Autorinnen des Artikels:**

Tanja Held ([tanja-held-90@hotmail.de](mailto:tanja-held-90@hotmail.de))

Selina Hub ([hub.selina@web.de](mailto:hub.selina@web.de))

Laura Schlauch ([laura\\_schlauch@web.de](mailto:laura_schlauch@web.de))

## Literaturverzeichnis

Andererseits (2023): Die 5 großen Probleme einfach erklärt. URL: <https://andererseits.org/fuenf-probleme-doku/> (abgerufen am: 31.05.2024)

Berlin Institut für Partizipation (2023): Beteiligung und Partizipation für alle. Politische Teilhabe Menschen mit Behinderung. URL: [Beteiligung und Partizipation für alle - Berlin Institut für Partizipation \(bipar.de\)](https://beteiligungundpartizipation.de/) (abgerufen am: 08.06.2024)

Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen (2018): Die UN-Behindertenrechtskonvention Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. URL: [https://www.institut-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB\\_Menschenrechtsschutz/CRPD/CRPD\\_Konvention\\_und\\_Fakultativprotokoll.pdf](https://www.institut-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/PDF/DB_Menschenrechtsschutz/CRPD/CRPD_Konvention_und_Fakultativprotokoll.pdf) (abgerufen am: 30.05.2024)

Brunner, K.; Garbsch, E.; Madjidi, A. (2023): Behinderung und Katastrophenschutz. Rette sich, wer kann. URL: <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-07/behinderung-katastrophenschutz-barrierefreiheit-ahrtal/komplettansicht> (abgerufen am: 22.06.2024)

Brunner, K.; Ebitsch, S.; Endt, C.; Hosse, J., Schories, M.; Witzenberger, B. & Zajonz, M. (o.D.): Volk und Vertreter. URL: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/bundestag-diese-abgeordneten-ehlen-e291979/> (abgerufen am: 08.06.2024)

Bundesministerium der Justiz (2016): Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen – (Artikel 1 des Gesetzes v. 23. Dezember 2016, BGBl. I S. 323 4) (Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB IX). §2 Begriffsbestimmungen. URL: [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_9\\_2018/\\_2.html#:~:text=\(1\)%20Menschen%20mit%20Behinderungen%20sind,als%20sechs%20Monate%20hindern%20k%C3%B6nnen](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_9_2018/_2.html#:~:text=(1)%20Menschen%20mit%20Behinderungen%20sind,als%20sechs%20Monate%20hindern%20k%C3%B6nnen) (abgerufen am 30.05.2024)

Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): Deutsche Strategie zur Stärkung der Resilienz gegenüber Katastrophen. Umsetzung des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge (2015–2030) – Der Beitrag Deutschlands 2022–2030. URL: [https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Sendai-Katrima/deutsche-strategie-resilienz-lang\\_download.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/Sendai-Katrima/deutsche-strategie-resilienz-lang_download.pdf?__blob=publicationFile&v=6) (abgerufen am 05.07.2024)

Bundesministerium für Soziales (2024): Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen.

URL: [https://www.bmas.de/DE/Soziales/Teilhabe-und-Inklusion/Politik-fuer-Menschen-mit-Behinderungen/Behindertenrechtskonvention-der-Vereinten-Nationen/behindertenrechtskonvention-der-vereinten-nationen.html#:~:text=Am%203.,UN%20DBRK\)%20in%20Kraft](https://www.bmas.de/DE/Soziales/Teilhabe-und-Inklusion/Politik-fuer-Menschen-mit-Behinderungen/Behindertenrechtskonvention-der-Vereinten-Nationen/behindertenrechtskonvention-der-vereinten-nationen.html#:~:text=Am%203.,UN%20DBRK)%20in%20Kraft) (abgerufen am: 22.06.2024)

Bundeszentrale für politische Bildung (2023): Nach der Flut an der Ahr 2021. Wiederaufbau und Auferarbeitung. Rückblick. URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/522893/nach-der-flut-an-der-ahr-2021/> (abgerufen am 31.05.2024)

Gabel, F.; Schobert, M. (2024): Langfassung zum Abschlussbericht der Bestandsaufnahme zum Katastrophenmanagement und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen (Projekt KIM). Tübingen: Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften der Universität Tübingen. URL: [https://www.researchgate.net/profile/Friedrich-Gabel/publication/380066410\\_Langfassung\\_zum\\_Abschlussbericht\\_der\\_Bestandsaufnahme\\_zum\\_Katastrophenmanagement\\_und\\_der\\_Inklusion\\_von\\_Menschen\\_mit\\_Behinderungen\\_Projekt\\_KIM/links/66292bfc9d2a69723f5c4e3d/Langfassung-zum-Abschlussbericht-der-Bestandsaufnahme-zum-Katastrophenmanagement-und-der-Inklusion-von-Menschen-mit-Behinderungen-Projekt-KIM.pdf](https://www.researchgate.net/profile/Friedrich-Gabel/publication/380066410_Langfassung_zum_Abschlussbericht_der_Bestandsaufnahme_zum_Katastrophenmanagement_und_der_Inklusion_von_Menschen_mit_Behinderungen_Projekt_KIM/links/66292bfc9d2a69723f5c4e3d/Langfassung-zum-Abschlussbericht-der-Bestandsaufnahme-zum-Katastrophenmanagement-und-der-Inklusion-von-Menschen-mit-Behinderungen-Projekt-KIM.pdf) (abgerufen am: 22.06.2024)

Gesamtverband der Versicherer (2023): Schadenreichste Naturkatastrophen für die Versicherungswirtschaft in Deutschland in den Jahren von 2002 bis 2022 (in Millionen Euro). URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/241101/umfrage/teuerste-naturkatastrophen-fuer-die-deutsche-versicherungswirtschaft/> (abgerufen am 31.05.2024)

Gesamtverband der Versicherer (2020): Wie groß schätzen Sie die Gefahr einer Überschwemmung ein? URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1270677/umfrage/umfrage-zur-risikoeinschaetzung-einer-moeglichen-ueberschwemmung/> (abgerufen am 30.05.2024)

Lebenshilfe Kreisvereinigung Ahrweiler e.V. (2021): Tragödie im Lebenshilfehaus. URL: [https://www.lebenshilfe-ahrweiler.de/2021/07/16/fluten\\_in\\_lebenshilfe/](https://www.lebenshilfe-ahrweiler.de/2021/07/16/fluten_in_lebenshilfe/) (abgerufen am 31.05.2024)

Schneider, G.; Toyka-Seid, C. (2024): Naturkatastrophe. URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320847/naturkatastrophe/> (abgerufen am 30.05.2024)

Statistisches Bundesamt (2022): Behinderte Menschen. Schwerbehinderte Menschen am Jahresende. URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Behinderte-Menschen/Tabellen/geschlecht-behinderung.html> (abgerufen am 30.05.2024)

## Anhang

Datenbank	Schlagworte	Treffer
Katalog Plus (FraUAS)	Naturkatastrophe	2.070
	Naturkatastrophe im Ahrtal	6
	Katastrophenschutz im Ahrtal	5
	Katastrophenschutz für Menschen mit Behinderungen	0
Google Scholar	Menschen mit Behinderungen und Naturkatastrophen	5.510
	Naturkatastrophenmanagement	2.020
	Menschen mit Behinderungen im Ahrtal	1.980
	Menschen mit Beeinträchtigungen im Ahrtal	1.450
	Naturkatastrophe im Ahrtal	768
	Katastrophenschutz im Ahrtal	425
	Katastrophenschutz im Ahrtal für Menschen mit Behinderungen	79